

# Flüchtlingsrat kritisiert Kurswechsel des Bundes bei Integrationskursen

**SAARBRÜCKEN/SAARLOUIS** (epd/red)

Der saarländische Flüchtlingsrat kritisiert die von der Bundesregierung beschlossenen Einschränkungen bei den Integrationskursen. „Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) verfolgt eine Politik der Desintegration“, sagt Tobias Schunk vom Vorstand des Flüchtlingsrats am Freitag in Saarlouis.

Hintergrund ist, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) Anfang Februar den Trägern mitgeteilt habe, dass Asylsuchende, Geduldete, ukrainische Flüchtlinge und EU-Bürger in diesem Jahr nicht mehr zu den Integrationskursen zugelassen werden sollen. Begründet wurde der Schritt mit „finanziellen Herausforderungen“. Nur wer die Kosten selbst trägt oder schon eine Bewilligung zur Teilnahme hat, könne an den Kursen teilnehmen, sagt Schunk. Er bezeichnet die Integrationskurse als „eine Erfolgsgeschichte“. Um so unverständlicher

sei es, dass Tausende von Geflüchteten von diesen Kursen ausgegrenzt werden sollten. Der Flüchtingssrat erwarte von den saarländischen Bundestagsabgeordneten der CDU und SPD, dass „sie sich diesem politischen Unsinn widersetzen“. Die Integrationskurse seien „ein wichtiges und notwendiges staatliches Angebot für viele Migranten“. Deshalb müsse die Finanzierung auch in Zukunft gesichert sein. Der Bedarf dafür sei „hoch und wird hoch bleiben“.

Die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge habe auch im Saarland weitreichende Konsequenzen. „Betroffen sind unter anderem Geflüchtete im Asylverfahren, Geduldete, Geflüchtete aus der Ukraine sowie Unionsbürgerinnen und -bürger ohne unmittelbaren Rechtsanspruch“, erklärt Schunk.

Aus Sicht der Arbeitskammer des Saarlandes gefährdet der Schritt die Integration in den Arbeitsmarkt. Die Sprache sei der Schlüssel zu Integration. „Wer Integrationskurse aussetzt, spart kurzfristig Haus-

haltsmittel, riskiert aber langfristig höhere soziale und ökonomische Folgekosten“, erklärt Thomas Otto, Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer. Hintergrund der Entscheidung sind nach Ansicht der Arbeitskammer politische Überlegungen, Integrations- und Deutschkurse künftig stärker auf Menschen mit einer dauerhaften Bleibeperspektive zu konzentrieren. Innerhalb der Koalition sei dieser Kurs aber umstritten. Für Otto greift diese Fokussierung zu kurz: Integration sei häufig die Voraussetzung für eine stabile Bleibeperspektive – nicht deren Ergebnis. Die Kürzungen würden zudem die Träger der Integrationskurse treffen. Derzeit nähmen rund 53 Prozent der Teilnehmenden freiwillig an Integrationskursen teil. Fällt diese Gruppe weg, könnten vielerorts die Mindestteilnehmerzahlen nicht mehr erreicht werden. Die Folgen seien längere Wartezeiten für verpflichtete Teilnehmende, Kursausfälle sowie wirtschaftlicher Druck auf Bildungsträger. Für manche Träger könne diese Entwicklung existenzbedrohend sein.

---

Produktion dieser Seite:

Nils Klein

Markus Saeftel